

Der Sozialdemokratische Pressedienst

steht mit:

Hannover, 28. Januar 47
Tel. 20951

Dr. Schumacher zum Friedensvertrag
=====

Zu den Meldungen, dass gewisse alliierte Kreise beabsichtigen, die Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland nicht von der vorläufigen Bildung einer deutschen Regierung abhängig zu machen und möglicherweise an die Stelle eines, zu unterzeichneten Vertragswerkes ein einseitiges, für Deutschland bindendes Statut zu setzen, ausserte sich Dr. Schumacher von Berlin aus dem Sozialdemokratischen Pressedienst gegenüber folgendermassen:

"Die Frage, ob eine deutsche Zentralregierung einen Friedensvertrag unterzeichnen soll oder nicht, hängt von der Behandlung der deutschen und der europäischen Angelegenheiten in Moskau ab. Verantwortung für einen Friedensvertrag sollte eine deutsche Zentralregierung nur übernehmen, wenn die vertragschliessenden Teile sich darüber einig sind, eine politisch und ökonomisch grundlegende Neuordnung in Europa vorzunehmen.

Wenn man dagegen an den historischen Tatsachen festhält und nur eine Politik der nationalstaatlichen und nationalwirtschaftlichen Erweiterungen auf Kosten Deutschlands als eines blossen Objektes der Annexionen und Repartitionen betreibt, ist es schwer vorstellbar, dass eine deutsche, demokratisch gewählte Instanz sich dergleichen drängt, einen solchen Zustand zu verewigen. Es würde ja nur die Quelle ewigen Unfriedens und einer zwangsmässigen Politik des permanenten Revisionismus sein.

Die Siegermächte können nicht um die Tatsache herum, dass ein totaler Sieg die totale Verantwortung mit allen Konsequenzen bedingt."

Diese Erklärung des Ersten Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat durch die kürzliche Stellungnahme der Russen in London die eine deutsche Zentralregierung forderte, erhöhte aktuelle Bedeutung bekommen.

SPD und Rundfunk

Die Beteiligung der SPD an politischen Sendungen des Rundfunks hat durch gewisse Vorkommnisse und Entwicklungstendenzen eine erhebliche Belastung erfahren. In Berlin hat der Parteiausschuss eine Entschliessung angenommen, die festlegt, dass Sozialdemokraten sich an den Sendungen des Berliner Rundfunks nicht mehr beteiligen werden. Als Begründung wird ausdrücklich auf die undemokratische und gegen die Sozialdemokratische Partei gerichtete Haltung der Berliner Sendeleitung hingewiesen. Gleichzeitig hat die SPD beschlossen, sich zunächst auch nicht mehr an den sogenannten "Runder-Tisch-Gesprächen" des Nordwestdeutschen Rundfunks zu beteiligen, und zwar deshalb, weil sich die Partei durch die Anwendung eines formalen Paritätsprinzips bei der Berücksichtigung der verschiedenen Parteien benachteiligt fühlt.